

An die
Mitglieder des
Ausschusses für Umwelt und Forsten

Antrag der Fraktion der AfD nach § 76 Abs. 2 GOLT

Die Fraktion der AfD hat mit Schreiben vom 30.08.2023 beantragt, folgenden Punkt gemäß § 76 Abs. 2 GOLT auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen:

„Novelle des Landesjagdgesetzes“.

Begründung:

Der Referentenentwurf zur Novellierung des Landesjagdgesetzes hat heftige Reaktionen in der Jägerschaft hervorgerufen. Neben zahlreichen weiteren Punkten erfuhren der in Kernbereichen des Gesetzes starke Fokus auf sogenannten Klimaschutz sowie vorgesehene Mitjagdrechte der Grundbesitzer starke Kritik. Auch der Tierschutz könnte durch die Novelle punktuell unterlaufen werden.

Am 18. August wurde bei einer Sonderdelegiertentagung des Landesjagdverbandes (LJV) in Neuwied von 240 Delegierten einstimmig eine Resolution verabschiedet, die sich gegen die geplante Novelle des Landesjagdgesetzes richtet. Gefordert wurde u.a. eine „vollständige Rücknahme des Gesetzesentwurfes“. Ferner wird in der Resolution auf eine Stellungnahme von Umweltministerin Eder bis zum 15. November gedrungen. Darüber hinaus könnte es zu einer Großdemonstration der Jäger in Mainz kommen.

Zudem unterstützen z. B. der Präsident des Deutschen Jagdverbandes und der Landesverband der Berufsjäger Rheinland-Pfalz/Saarland e.V. den LJV bei ihren Vorhaben zur Beseitigung des Gesetzesentwurfes in der aktuellen Form. So schreibt letzterer in einem offenen Brief an Ministerin Eder etwa, der Gesetzestext enthalte „eine Vielzahl ideologischer Sichtweisen, anstatt wissenschaftlich abgesicherten wildbiologischen Erkenntnissen zu folgen.“

Weiterhin spricht sich die AfD-Fraktion gleichermaßen und eindringlich dafür aus, dass das Umweltministerium gemeinsam mit den lokalen Experten an einer bedachtsamen Evolution des Landesjagdgesetzes arbeiten soll.

Vor diesem Hintergrund bitten wir die Landesregierung um Stellungnahme, wie sie die harsche Kritik der Jägerschaft beurteilt und inwiefern der Gesetzesentwurf nun überarbeitet werden soll. Darüber hinaus möge die Landesregierung berichten, wie sie mit den rheinland-pfälzischen Jagdverbänden in Austausch steht und wie sich der aktuelle Stand bzgl. der bzw. der weitere Verfahrensablauf zur Novellierung des Landesjagdgesetzes gestaltet.

Wird Ministerin Eder der Forderung nach einer Stellungnahme bis zum 15. November nachkommen?